

EVP-Fraktion

Bericht

Ausgabe 5/Mai 2011



Funkfrequenzspektrum: Effiziente Nutzung der Funkfrequenzen stärkt die europäische Wettbewerbsfähigkeit

Von Per Heister

Während einige befürchten, dass die EU-Strategie 2020 wie die Lissabon-Strategie 2010 endet - viele Worte, denen jedoch nur wenige Taten folgen, um die Ziele auch zu erreichen -, setzt sich der stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende Gunnar Hökmark (SE) dafür ein, dass tatsächlich etwas geschieht.

Sein Bericht über das erste EU-Programm zur Nutzung von Funkfrequenzen war Gegenstand einer Aussprache im Europäischen Parlament und wurde von einer großen Mehrheit angenommen.

Hökmark hat einen recht schwachen Vorschlag der Kommission, das 800-MHz-Band in stärkerem Maße für die mobile Breitbandkommunikation zu nutzen, zu einer kühneren Politik der Freigabe eines wesentlich breiteren Spektrums zur gesamteuropäischen Nutzung ausgeweitet.

Die Freigabe von mehr Frequenzen für das drahtlose Breitband könne die besten Möglichkeiten für schnelle Breitbandverbindungen, neue Breitbanddienste und eine Führungsrolle Europas in einem Bereich schaffen, der für die Wettbewerbsfähigkeit von morgen von maßgeblicher Bedeutung sei, erklärte Gunnar Hökmark, als er seinen Legislativvorschlag vorlegte.

Ihm geht es darum, die Grundlagen für ein Umfeld zu schaffen, das die Weiterentwicklung moderner Technologien begünstigt und Europa in die Lage versetzt, sogar noch bessere Ergebnisse zu erzielen als die USA und China mit ihren riesigen Märkten.

Ein kühnes neues Programm zur Nutzung von Funkfrequenzen wird es möglich machen, dass die großen Player von morgen - Google, Yahoo und Apple vergleichbar - in Europa entstehen und die europäische Telekommunikationsbranche somit ihre weltweit führende Rolle halten kann.

Dies sei ein großer Schritt in Richtung auf die Vollendung des Binnenmarktes und die Schaffung einer dynamischen europäischen Wirtschaft mit der schnellsten und qualitativ hochwertigsten Kapazität für mobile Breitbandanwendungen und neue Dienste, so Gunnar Hökmark.

Nachdem die Kommission den Bericht begrüßt hat, ist es nunmehr Sache der Mitgliedstaaten, sich im Rahmen der Beratungen des Rates zu dem Programm zu äußern. Jetzt lautet die Frage, ob es möglich sein wird, noch vor Ende des Jahres entsprechende Rechtsvorschriften zu erlassen.

Entlastung 2009: Europäisches Parlament billigt die Ausführung des Haushaltsplans

Von Sarita Rauta

Das Europäische Parlament stimmte auf dieser Plenartagung über die Entlastungsberichte für das Jahr 2009 ab. Am umfassendsten waren die Berichte zur Entlastung des Parlaments, der Kommission und des Rates.

Ville Itälä (FI), der Berichterstatter des mit großer Mehrheit angenommenen Entlastungsberichts des Parlaments, erklärte, dass das Europäische Parlament angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage ein Beispiel für Kostensenkung setzen sollte. Anstatt mehr zu konsumieren, gelte es neue Vorgehensweisen zu finden. Daher sei es unerlässlich, dass das Parlament die von ihm in der Vergangenheit getätigten Ausgaben selbst kritisch unter die Lupe nimmt.

Über einige Fragen wurde jedoch vor der Abstimmung eine eingehende Aussprache geführt - über die Reisen zwischen den drei Arbeitsorten, den LUX-Preis und den freiwilligen Versorgungsfonds für die Mitglieder.

Zu den drei Arbeitsorten nahmen die Mitglieder danach einen Punkt in dem Bericht an, in dem auf die Notwendigkeit verwiesen wird, „potenzielle Einsparungen auf allen Ebenen einschließlich der Unionsebene kritisch zu überprüfen“. Vor diesem Hintergrund wird betont, dass echte Einsparungen möglich wären, wenn das Parlament nur einen Arbeitsort am gleichen Standort hätte.

Auch der Entlastung der Kommission zur Ausführung des Haushaltsplans wurde mit großer Stimmenmehrheit zugestimmt, wenngleich die EKR-, die VEL- und die EFD-Fraktion dagegen stimmten.

Berichterstatter Crescenzo Rivellini (IT) schlug vor, dem Rat keine Entlastung zu erteilen, weil er die ihm vom Parlament zu einem früheren Zeitpunkt gestellten Fragen nicht beantwortet hatte. Der Rat hatte stattdessen erklärt, dass er das

Parlament nicht als Entlastungsbehörde betrachte und die Fragen daher nicht beantworten werde. Die Entlastung wurde mit sehr großer Mehrheit vertagt.

Allen anderen Institutionen wurde die Entlastung erteilt.

Die Entlastung der Europäischen Arzneimittel-Agentur wurde vertagt, ebenso wie die Entlastung der Europäischen Polizeiakademie (EPA). Allen anderen Agenturen wurde die Entlastung erteilt.

Gemeinsames Transparenz-Register für Lobbyisten

Das Parlament nahm auf dieser Plenartagung einen Bericht zum Thema Transparenz an, nach dem Interessenvertreter, die ständigen Zugang zu den Räumlichkeiten des Parlaments und der Kommission haben möchten, registriert und beaufsichtigt werden.

In Zukunft müssen sich Lobbyisten gemäß Vereinbarung zwischen den beiden Organen registrieren lassen. Es wird einen gemeinsamen Kodex geben, der Sanktionen für diejenigen einschließt, die gegen die neuen Regeln verstoßen. Ferner müssen die betreffenden Personen umfassende Angaben zur Rechtsform und zu den finanziellen Interessen ihrer Organisation machen. Verstöße gegen die neuen Regeln werden mit Sanktionen geahndet.

Für andere Einrichtungen wie Kirchen, Parteien oder Regionen, die keine entsprechenden privaten Interessen verfolgen, sondern sich im Namen allgemeiner Werte an der europäischen Politikgestaltung beteiligen möchten, gelten in Bezug auf die Registrierung andere rechtliche Regelungen als für die übrigen Interessenvertreter; sie müssen sich nur dann registrieren lassen, wenn sie unabhängige Büros unterhalten, die einzig und allein den Beziehungen zu den EU-Organen dienen.

Carlo Casini (IT), Vorsitzender des Ausschusses für konstitutionelle Fragen and Berichterstatter, erklärte, er hoffe, dass der Rat sich bei der Einrichtung dieses öffentlichen Registers bald den zwei anderen Organen anschließen werde und dass sein Bericht lediglich ein erster Schritt in Richtung auf mehr Transparenz sei, da das EP noch weitere Möglichkeiten in Betracht ziehe und nach reiflicher Überlegung entsprechende Regeln festlegen werde.

Francesco Frapiccini

Reisen ohne Grenzen muss es auch weiterhin geben

Von Peter Adler

Während der Studientage der EVP-Fraktion in Palermo (Italien) in der Woche vor der Plenartagung zählten die Herausforderungen im Zusammenhang mit der großen Zahl von Einwanderern, die im Ergebnis des „arabischen Frühlings“ aus Nordafrika nach Europa kommen, sowie der Mangel an Stabilität, zu dem die Aufstände dort geführt haben, zu den wichtigsten Diskussionsthemen. Die EVP-Fraktion führte eine Reihe von konstruktiven Gesprächen mit Vertretern der am meisten betroffenen Mitgliedstaaten, aber auch mit Politikern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft aus einigen der nordafrikanischen Staaten.

Manfred Weber (DE), der für Rechtsfragen zuständige stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, erklärte während der Tagung in Palermo, das Schengener Abkommen müsse eingehalten werden.

Versuche, den freien Personenverkehr zu beschränken, der das wichtigste Symbol Europas darstellt, würden nicht hingenommen. Es dürfe keine neue Teilung in der EU geben, machte Manfred Weber geltend.

Das Schengener Abkommen war eines der wichtigsten Themen auf der Plenartagung in Straßburg. Bei der Aussprache bekräftigte Manfred Weber nachdrücklich seine Unterstützung für die Schengen-Regeln:

„Wir hatten Staaten, die proportional zur Einwohnerzahl deutlich größere Zahlen aufgenommen haben, als das jetzt an der Südgrenze Europas der Fall ist, und dennoch ist niemand auf die Idee gekommen, wegen dieser Belastungssituation Schengen in Frage zu stellen. Deswegen möchte ich eindeutig sagen: Es ist schade, dass wir aufgrund dieser Herausforderung, die wir gemeinsam zu tragen haben, in Europa leider Gottes ernsthaft eine Debatte über den Schengenstatus führen müssen.“

Manfred Weber warnte Dänemark davor, an den Grenzen zu Deutschland und Schweden strengere Kontrollen einzuführen, wenn diese Kontrollen sich als unvereinbar mit den Schengen-Regeln erweisen.

Die Wiedereinführung von ständigen Grenzkontrollen in Dänemark sei nicht hinnehmbar. Gemeinsame Werte wie der Binnenmarkt und die Freizügigkeit würden auf diese Weise nicht gefördert. Es sei unmöglich, Europa auf nationalen Egoismen aufzubauen. Stattdessen brauchen wir den Sinn für gemeinsame Ziele, so Manfred Weber.

Banken-Stresstests: Die EVP-Fraktion will mehr Klarheit über die bevorstehenden Tests

Die EVP-Fraktion will mehr Klarheit über die für 2011 vorgesehenen Stresstests für den Bankensektor der EU, und sie will Garantien von der Europäischen Kommission, dass es nicht zu einer Wiederholung der Situation von 2010 kommt, als es nicht gelang, mit Hilfe der Tests das Vertrauen in den EU-Bankensektor wiederherzustellen. Die EVP-Fraktion erörterte dieses Thema mit Kommissar Barnier im Europäischen Parlament.

Corien Wortmann-Kool (NL), die für Wirtschaftspolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, erklärte, es gelte in diesem Jahr sicherzustellen, dass die neue Runde von Tests Mitte Juni das Vertrauen in die Finanzmärkte erhöht. Es müssten strengere und stärker harmonisierte Kriterien angesetzt werden, und der Erfassungsgrad der Stresstests müsse in den einzelnen Mitgliedstaaten gleich sein. Daher sei es von maßgeblicher Bedeutung, dass die Europäische Bankaufsichtsbehörde eine starke Rolle spielt. Man wolle eine umfassende und realistische Bewertung, bei der alle Schwachstellen im EU-Bankensektor aufgedeckt werden. Aus diesem Grunde sollten sich die Stresstests auch auf die Exposition gegenüber Staatsschulden erstrecken.

Jean-Paul Gauzès (F), Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, stellte fest, dass die Konsolidierung des europäischen Bankensektors eine Voraussetzung für die Rückkehr zum Wachstum und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sei. Darüber hinaus sei die Einführung glaubwürdiger Stresstests die beste Methode, um die negativen Auswirkungen der Entscheidungen der Ratingagenturen auf die gesamte Wirtschaft zu begrenzen.

Eduard Slotweg

EU-Außen- und Sicherheitspolitik: Post-Lissabon-Bewertung mit Blick in die Zukunft

Das Parlament stimmte auf dieser Plenartagung über die Hauptaspekte und grundlegenden Optionen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ab und gab - nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon - einen Überblick über die strategische Rolle, die die EU über ihre Grenzen hinaus insbesondere für die Entwicklung der Demokratie und die Achtung der Menschenrechte spielen sollte, auch unter Berücksichtigung der Ereignisse, die in den letzten Monaten weltweit zu politischen und sozialen Veränderungen geführt haben.

Das Parlament bekundete erneut seinen Willen, ein führender Partner bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik zu sein; es bekräftigte seine Vorrechte aufgrund seiner Kontrollfunktion in Verwaltungs- und Haushaltsfragen

im Zusammenhang mit den zivilen und militärischen Missionen der Europäischen Union und erklärte, dass es eine maßgebliche Rolle als Partner der Hohen Vertreterin der EU, Catherine Ashton, spiele.

Es wurde eine Bewertung des politischen/strategischen Projekts unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen dem Europäischen Parlament und den anderen europäischen Institutionen vorgenommen.

Gabriele Albertini (I), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Berichterstatter, verwies auf den Multilateralismus und unterstrich, dass die EU in den verschiedenen strategischen Kontexten immer gut vertreten sein müsse und sich dabei insbesondere auf den neuen EAD stützen könne, das europäische diplomatische Korps, das endlich Wirklichkeit geworden sei.

Ein starkes transatlantisches Bündnis, die wichtigen Beziehungen zu Russland, die Erweiterung, die Unterstützung der bürgerlichen Rechte und die Herstellung der Rechtsstaatlichkeit, die diplomatischen Beziehungen zu den BRIC-Ländern, der arabisch-israelische Konflikt und die Verurteilung gewalttätiger Regime sind nur einige der Themen, um die es in dem Bericht geht. Der Text erhebt den Anspruch, so umfassend und aktuell wie möglich zu sein und ein vorausschauendes Bild aller Fragen zu vermitteln, die im Zentrum der europäischen Außenpolitik stehen.

Jugend: In die Jugend zu investieren, ist für Europa von entscheidender Bedeutung.

Von Klemen Žumer

Das Europäische Parlament hat in dieser Woche in Straßburg mit großer Mehrheit den Bericht „Jugend in Bewegung“ von Milan Zver (SL) angenommen.

In seinem Bericht erklärt Milan Zver, es sei wünschenswert, dass junge Menschen, schon bevor sie ihr Studium in einem bestimmten Studiengang beginnen, Zugang zu Informationen über die Beschäftigungschancen nach Abschluss des Studiums haben.

Milan Zver betont, dass junge Menschen, die an einem Arbeits- oder Studienaustausch teilgenommen haben, leichter eine Erstanstellung finden. Forschungsergebnisse belegen, dass Mobilität zur Entwicklung europäischen Bürgersinns und zu einem größeren Engagement im Rahmen demokratischer Prozesse beiträgt.

Die Wirtschaftskrise hat tendenziell dazu geführt, dass die Mittel für junge Menschen, Bildung und Mobilität sowohl auf der Ebene der Mitgliedstaaten als

auch auf der Ebene des EU-Haushalts gekürzt werden, was jedoch zu einem Teufelskreis führt. Die Mittel für junge Menschen, Mobilität und Bildung seien keine Kosten, sondern eine Investition in die Zukunft der europäischen Jugend sowie in die Zukunft Europas im Allgemeinen, erklärte Milan Zver während der Aussprache, die der Abstimmung vorausging.

Der Erfolg von „Jugend in Bewegung“ hängt weitgehend von den EU-Mitgliedstaaten ab, deshalb forderte sie der Berichterstatter auf, mindestens 2 % des BIP für den Bereich Hochschulwesen vorzusehen.

Jungen Menschen muss dabei geholfen werden, eine Erstanstellung zu finden, aber wir dürfen nicht vergessen, dass ein wichtiges Ziel der Hochschulbildung auch darin besteht, ihre Kreativität und ihre intellektuelle und soziale Entwicklung zu fördern und ihr Selbstvertrauen zu stärken.